

Reden wir vom Antisemitismus!

Redebeitrag von Hubert Brieden (Arbeitskreis Regionalgeschichte) während der Gedenkveranstaltung am 10. November 2024 anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht in Neustadt a. Rbge.

Viel ist in letzter Zeit vom Antisemitismus die Rede, der Bundestag hat eine Resolution gegen Antisemitismus verabschiedet. Viele Politiker, selbst aus rechten Parteien, denen bislang zum Tatbestand nichts Wesentliches einfiel, haben ein neues Thema entdeckt. Also: Reden wir über Antisemitismus.

Das Neustädter Holocaust-Mahnmal wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen endlich im November 2018 eingeweiht. Es besteht aus zwei Teilen: dem Sockel mit zwei Aufschriften und darauf drei aufeinander stehenden quadratischen Tafeln, auf deren Vorder- und Rückseiten sämtliche Namen und Schicksale der Menschen verzeichnet sind, die auf dem Gebiet der heutigen Stadt Neustadt von den Nazis als „Juden“ definiert und stigmatisiert worden waren: insgesamt 53 Personen, davon 8 aus umliegenden Dörfern. Die meisten von Ihnen wurden ermordet. Eine dieser Personen: Ilse Jacobsohn. Geboren am 7. Mai 1924 in Neustadt a. Rbge. wohnte sie mit ihrer Familie in der Neuen Straße. Ein Foto gibt es nicht. Sie habe rötliches Haar gehabt, meinte sich eine Zeitzeugin zu erinnern. Aber sicher ist das nicht. Da den alltäglichen Diskriminierungen in der Kleinstadt – wo jeder jeden kannte – nicht zu entkommen war, meldet sich die Familie Jacobsohn ordnungsgemäß am 10. September 1935 nach Amsterdam ab. Ilse war 11 Jahre alt. Wenige Tage später wurden die Nürnberger Rassengesetze verabschiedet. Bald nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Niederlande 1940 begannen die Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung. Die Familie Jacobsohn wurde ins Durchgangslager Westerborg nahe der deutschen Grenze verschleppt, von wo die Deportationszüge in die Vernichtungslager im Osten abfuhren. Ilse bestieg den Todeszug nach Auschwitz, wo sie am 30. September 1942 ermordet wurde. Sie war 18 Jahre alt geworden. Ihre

Eltern wurden am 2. April 1943 im Vernichtungslager Sobibor umgebracht. Antisemitismus und Krieg waren die Voraussetzungen für den Holocaust. Die Jacobsohns wurden vergessen. Die bald nach dem Krieg rehabilitierten NS-Täter und ihre Unterstützer behaupteten bis in die 1980er Jahre, den Neustädter Juden sei nichts passiert, sie hätten alle emigrieren können und seien reich geworden. Die antisemitischen Lügen waren nach wie vor allgegenwärtig. Erst ab 1981 begannen systematische Forschungen zur Neustädter NS-Geschichte und damit auch die Auseinandersetzungen um das öffentliche Gedenken. Einige Beispiele: Es dauerte Wochen bis der Zugang zum Stadtarchiv erlaubt wurde. Nach der Intervention eines Neustädter Unternehmers bei der Leitung der Kreisvolkshochschule durften Mitarbeiter des Arbeitskreises Regionalgeschichte nicht mehr als Dozenten arbeiten. Der Geschäftsmann hatte sich darüber beschwert, dass die Öffentlichkeit erfahren hatte, dass er durch eine „Arisierung“ in den Besitz seines Geschäftes gekommen war. Im Neustädter Ortsrat dauerte es drei Jahre, bis beschlossen wurde, am ehemaligen Standort der Synagoge eine Gedenktafel anzubringen. Jeglicher Täterbezug, der im ursprünglich vorgeschlagenen Text enthalten war, wurde gestrichen. In den 1980er Jahren wurde zweimal der jüdische Friedhof Neustadts verwüstet. Unsere wiederholten Vorschläge an den Neustädter Ortsrat, im Neubaugebiet nördlich der Landwehr Straßen nach ermordeten und verfolgten jüdischen Neustädterinnen und Neustädtern zu benennen, darunter Ilse Jacobsohn, verschwanden in den Ausschüssen und konnten nie realisiert werden. Auch der ebenfalls vorgeschlagene Name Anne Frank fand keine Beachtung. Unvergessen der Spruch eines Neustädters: „Wer will denn schon im Judenviertel wohnen!?“ Auch die Benennung der KGS in Ilse-Jacobsohn-Schule war nicht durchzusetzen. Als kürzlich ein Name für die Zufahrtstraße zum neuen Rathaus gesucht wurde, versuchten wir es noch einmal und schlugen eine Ilse-Jacobsohn-Straße vor. Wieder vergeblich. Man entschied sich für „An der Stadtmauer“, obwohl es dort nie eine Stadtmauer gegeben hatte. So bastelt man sich eine Phantasiegeschichte zurecht, um von den realen Menschen nicht reden zu müssen – in diesem Fall von einem ermordeten jüdischen

Mädchen aus Neustadt. Gedankenlosigkeit? Antisemitismus? Wer weiß das schon? Eindeutiger ist da schon die zweimalige Beschädigung des Schülerkunstobjektes gegen Rassismus und Antisemitismus in der Theresenstraße.

Immerhin ist der Name Ilse Jacobsohn auf dem Holocaustmahnmal zu finden und im kommenden Jahr werden für sie und ihre Familie Stolpersteine verlegt.

Soweit einige Beispiele aus Neustadt. Darüber hinaus sind wir täglich mit weiteren Formen des Antisemitismus und der Relativierung der NS-Diktatur und des Holocaust konfrontiert: Regierungschefs von Ländern gegen die Deutschland oder die Nato Krieg führen, werden von deutschen Politikern immer wieder mit Adolf Hitler verglichen: Milosevic, Saddam Hussein, Assad, Putin usw. Da alle ihren Hitler haben, scheint das Original ja nichts Besonderes gewesen zu sein. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird von Politikern diverser Parteien und ihrer „Experten“ mit Vorliebe als „Vernichtungskrieg“ und „Zivilisationsbruch“ bezeichnet. Bewusst werden Begriffe gewählt, die bislang ausschließlich der Benennung des NS-Vernichtungskrieges vorbehalten waren, in dessen Zentrum der Holocaust stand. Vernichtungskrieg und Holocaust werden damit ebenfalls relativiert. In Deutschland besteht das tiefe Bedürfnis endlich „normal“ zu werden. Neben dem Relativieren der Nazi-Massenverbrechen gibt es weiter den klassischen Antisemitismus, mit dem sich kürzlich die Justiz erneut befassen musste. 2020 war es in der Heidelberger Burschenschaft Normannia zu einem bemerkenswerten Vorfall gekommen: Das Mitglied einer befreundeten Verbindung war bei einem Treffen der Normannia auf seine „jüdische Herkunft“ angesprochen worden. Nachdem der Gast eine jüdische Großmutter eingestanden hatte, wurde er umringt und als „Judensau“ und „Drecksjude“ beschimpft, dann peitschte man ihn mit Gürteln und bewarf ihn mit Kleingeld. Im anschließenden Prozess versuchten die Beteiligten alles als altes Brauchtum zu verteidigen.

Reden wir also vom Antisemitismus: Die Rechte, hat dieses Thema plötzlich, zum ersten Mal, für sich entdeckt. Für den Antisemitismus, so die Behauptung, seien Migranten verantwortlich, diese müssten daher abgeschoben werden. Unzweifelhaft

gibt es in manchen migrantischen Kreisen Antisemitismus, wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird oder der Staat Israel oder die jeweilige Regierung mit „den Juden“ gleichgesetzt werden. Oder das Hamas-Massaker gerechtfertigt wird. Aber es sind nicht „die Migranten“ und nicht „die Moslems“. Es ist grotesk: Mit dem Schlagwort „Antisemitismus“ wird Sündenbockpolitik betrieben. Der urdeutsche eliminatorische Antisemitismus wird – wie üblich – verschwiegen oder relativiert. Die Rechte hofft, auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Vertreibung der Migranten und gleichzeitig die Entsorgung der Diskussion über deutschen Antisemitismus.

Dann gibt es eine weitere erschreckende neue Entwicklung: Jegliche Kritik an der Politik der israelischen Regierung wird als Antisemitismus bezeichnet – auch und insbesondere die Kritik jüdischer Organisationen und Einzelpersonen, darunter auch solche aus Holocaustfamilien. Jüdische Künstler und Künstlerinnen erhielten in Deutschland Auftrittsverbote, weil sie die israelische Regierung kritisierten. Die Nachfahren der NS-Täter maßen sich an, die Nachfahren von Holocaustüberlebenden in gute und schlechte Juden aufzuteilen und sie darüber zu belehren, was „Antisemitismus“ sei.

Wir brauchen dringend eine offene Debatte über die Geschichte des deutschen Antisemitismus und seine heutigen Ausprägungen und auch über den Antisemitismus in migrantischen Zusammenhängen. Repressive Vorschriften würden alles nur verschlimmern und wieder einmal den Rechten nutzen.

Auf dem Sockel des Neustädter Holocaustmahnmals ist eine kurze Geschichte der jüdischen Gemeinde Neustadts zu lesen. Und darüber steht der Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem die wesentliche Konsequenz aus den Verbrechen der NS-Diktatur gezogen wurde: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ „Des Menschen“ – also jedes Menschen. Die diskriminierende, den deutschen Antisemitismus und den Holocaust verharmlosende Politik der Rechten zeigt deren Verachtung für diesen Artikel. Immer deutlicher wird: Das, was geschehen ist, kann sich jederzeit wiederholen. Also: **Gegen jeden Antisemitismus.**